

V-55 Demokratie schützen – Desinformation entschlossen bekämpfen!

Gremium:	BAG Digitales & Medien und BAG Demokratie & Recht
Beschlussdatum:	02.10.2024
Tagesordnungspunkt:	V Verschiedenes
Status:	Zurückgezogen

Antragstext

1 Unsere Demokratie ist stark und wehrhaft. Sie wird durch eine lebendige und
2 vielfältige Zivilgesellschaft getragen, die sich jeden Tag für demokratische
3 Werte und das Gemeinwohl einsetzt. Dennoch wird unsere freiheitliche
4 Gesellschaft und unsere Art zu leben derzeit massiv bedroht - von innen wie
5 außen. Wir sehen uns mit anhaltenden, ernstzunehmenden sicherheitspolitischen
6 Risiken konfrontiert, die unsere digitale und analoge Welt gleichermaßen
7 betreffen.

8 In Zeiten hybrider Kriegsführung erleben wir, wie Informationsmanipulationen
9 gezielt eingesetzt werden, um gesellschaftliche Konflikte zu befeuern,
10 Unsicherheit zu schüren und die öffentliche Meinung zu beeinflussen.

11 Die Auswirkungen dieser Desinformationskampagnen sind weitreichend: Sie
12 vergiften öffentliche Diskurse, untergraben das Vertrauen in staatliche
13 Institutionen oder in die Medien. Menschen werden zum Ziel von Einschüchterung
14 und Diskreditierung. So beeinflussen sie demokratische Willensbildungsprozesse
15 bis hin zu Wahlen.

16 Diese Herausforderungen werden durch verschiedene Faktoren verschärft. Das
17 Erstarken populistischer und rechtsextremer Kräfte in Deutschland und weltweit
18 führt dazu, dass demokratiefeindliche Erzählungen noch stärker verbreitet
19 werden. Autoritäre Staaten, wie Russland und China, nutzen Desinformation
20 gezielt, um westliche Gesellschaften zu destabilisieren. Ihre Narrative werden
21 auch von AfD und BSW massenhaft weiterverbreitet.

22 Die Grenzen zwischen innerer und äußerer Sicherheit verschwimmen zunehmend. Der
23 völkerrechtswidrige Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine hat die
24 Bedrohungslage noch einmal deutlich verschärft. Intensivierte
25 Desinformationskampagnen werden längst begleitet durch gezielte IT-Angriffe auf
26 staatliche und private Einrichtungen sowie auf kritische Infrastrukturen, den
27 Lebensadern unserer Gesellschaft.

28 Desinformation ist kein neues Phänomen. Neu sind die rasante Ausbreitung und der
29 große Einfluss auf die politische Meinungsbildung auf der ganzen Welt. Dafür
30 verantwortlich sind insbesondere die Anreiz- und Vergütungssysteme von Social-
31 Media-Plattformen, die dazu führen, dass Falschinformationen schneller
32 verbreitet werden als fundierte Informationen, und Bedrohungsakteure, die diese
33 Mechanismen gezielt ausnutzen. Denn das Problem ist nicht die Existenz einzelner
34 Accounts, die Falschinformationen verbreiten, sondern deren künstliche
35 Verstärkung durch die Systeme der Plattformen. Dies untergräbt den
36 demokratischen Diskurs, da Bürger*innen von solchen Inhalten überschwemmt
37 werden. Mechanismen, die z.B. Inhalte belohnen, die Angst und Wut erzeugen,
38 müssen kritisch hinterfragt werden. Auch das Belohnen von Accounts, die mit

39 hoher Frequenz posten, ist problematisch. Bürger*innen müssen selbst entscheiden
40 können, was in ihren Timelines erscheint. Dazu kommt die Funktionsweise von
41 Online-Werbung, die dazu führt, dass Desinformation eine höchst lukrative
42 Einkommensquelle für Betreiber undurchsichtiger Webseiten ist.

43 Die auf deutscher und europäischer Ebene ergriffenen Maßnahmen, haben der
44 zunehmenden Verbreitung von Hass, Hetze und Manipulation bisher nicht
45 ausreichend Einhalt gebieten können. Der Digital Services Act (DSA) ist ein
46 entscheidender Schritt hin zu mehr Transparenz und rechtsstaatlicher
47 Regulierung. Er muss entschlossen in nationales Recht umgesetzt und die ihn
48 durchsetzenden Aufsichtsbehörden gestärkt werden.

49 Im Spannungsfeld zwischen Eigenverantwortung und staatlichem Schutz brauchen wir
50 (1) eine wachsame Zivilgesellschaft und Medien, die kritisch hinterfragen und
51 die Meinungsvielfalt einer vielseitigen Gesellschaft als Stärke verstehen, (2)
52 eine konsequente Fortsetzung der rechtsstaatlichen Regulierung der großen
53 Plattformen und künstlich generierter Inhalte, (3) den staatlichen Schutz vor
54 digitalen Angriffen aus dem In- und Ausland – in Deutschland und Europa, (4)
55 kritische Bürger*innen, die sich der Manipulierbarkeit von Informationen und der
56 Gefahr von Desinformation bewusst sind, und (5) einen verbesserten Schutz von
57 Betroffenen.

58 **Ein ganzer Werkzeugkasten gegen Desinformation** 59 **und für demokratische Teilhabe**

60 Die Bekämpfung von Desinformation erfordert ein ganzheitliches Vorgehen, das
61 Aspekte der inneren und äußeren Sicherheit verbindet. Unser Ziel ist es, die
62 Resilienz unserer Gesellschaft zu stärken und die Wehrhaftigkeit unserer
63 Demokratie zu erhöhen. Hierfür sind gut informierte Bürger*innen essentiell, die
64 Informationen kritisch bewerten. Außerdem müssen unabhängige Medien gestärkt und
65 ein Mindestmaß an Transparenz und Chancengleichheit auf sozialen Plattformen
66 sichergestellt sein. Dafür gehen wir den eingeschlagenen Weg der
67 rechtsstaatlichen Regulierung von Plattformen konsequent weiter.

68 Die Versäumnisse sind groß. Die vor gut zwei Jahren bereits ausgerufenen
69 "Zeitenwende" muss auch mit Blick auf hybride Bedrohungen wie Desinformation
70 endlich politisch entschlossen umgesetzt werden. Uns steht ein Bündel an
71 Maßnahmen zur Verfügung, die jetzt ergriffen werden müssen.

72 Unser Ansatz umfasst einen Werkzeugkasten von Maßnahmen aus den Bereichen Innere
73 Sicherheit, Außen- und Verteidigungspolitik sowie Bildung, Zivilgesellschaft und
74 Forschung. Nur durch das Zusammenspiel dieser Bereiche können wir den komplexen
75 Herausforderungen, die durch Desinformation entstehen, effektiv begegnen.

76 Unser Ansatz umfasst einen Werkzeugkasten von Maßnahmen aus den Bereichen Innere
77 Sicherheit, Außen- und Verteidigungspolitik sowie Bildung, Zivilgesellschaft und
78 Forschung. Nur durch das Zusammenspiel dieser Bereiche können wir den komplexen
79 Herausforderungen, die durch Desinformation entstehen, effektiv begegnen.

80 **1. Maßnahmen der Innen- und Sicherheitspolitik**

81 Bundesweite Strategie gegen Desinformation schaffen: Desinformation ist keine
82 kurzfristige Herausforderung, sondern ein Problem auf Dauer. Um

83 Desinformationskampagnen langfristig einzudämmen, brauchen wir eine bundesweite
84 Strategie gegen Desinformation, die die Bundesregierung seit langem versprochen
85 hat und deren Vorlage wir umgehend fordern. Die Strategie muss aufzeigen, mit
86 welchen Maßnahmen, Werkzeugen, Mitteln und Strukturen Desinformation dauerhaft
87 bekämpft werden soll. Bestandteil muss u.a. eine breit angelegte und andauernde
88 Aufklärungskampagne, wie bei unseren skandinavischen und baltischen Nachbarn,
89 sein, um Bürger*innen über drohende Gefahren aufzuklären.

90 Zentrale Koordinierungsstelle ausbauen: Wir setzen uns für den umfassenden
91 Aufbau einer zentralen Stelle zur frühzeitigen Erkennung, Koordinierung und
92 schnellen Bekämpfung von Desinformation aus dem In- und Ausland ein. Die
93 Zentrale Koordinierungsstelle soll dabei bestehende Kapazitäten in verschiedenen
94 Ressorts bündeln, Fähigkeiten erweitern, sowie Gegenmaßnahmen empfehlen und in
95 Kooperation durchführen.

96 DSA national umsetzen: Den Weg der rechtsstaatlichen Regulierung wollen wir
97 konsequent fortsetzen, den europäischen Digital Services Act (DSA) entschlossen
98 in nationales Recht umsetzen, die Aufsichtsbehörden auf Landes- und Bundesebene
99 stärken und Betroffenen mehr Hilfe zuteilwerden lassen. Die Bundesnetzagentur
100 werden wir entsprechend ausstatten und ihr auch die notwendigen Mittel zur
101 Vergabe unabhängiger Forschungsaufträge an die Hand geben. Auch brauchen wir ein
102 Digitales Gewaltschutzgesetz, das wirksame Instrumente wie Accountsperrern
103 gesetzlich verankert.

104 Rechtsdurchsetzung und handlungsfähige Strafverfolgung: Falschnachrichten,
105 Informationsmanipulation und Desinformation sind nicht per se strafrechtlich
106 relevant. Dort wo die Schwelle zur Strafbarkeit aber klar überschritten ist,
107 z.B. bei Leaking und Doxxing, muss der Rechtsstaat konsequent einschreiten.
108 Hierfür stärken wir die Strafverfolgungsbehörden bei der digitalen Ermittlung
109 und massenhaften Bearbeitung von Vorfällen – auch mit Hilfe automatisierter
110 Lösungen, sofern diese klaren rechtsstaatlichen und datenschutzkonformen
111 Standards genügen. Schwerpunktstaatsanwaltschaften sind ein erfolgreiches
112 Modell, das wir mit ausreichend Ressourcen und Ausbildung stärken wollen.

113 Nachrichtendienste einbinden: Die Nachrichtendienste von Bund und Ländern
114 spielen eine wichtige Rolle bei der Rückverfolgung von massenhafter
115 Desinformation, insbesondere wenn die Urheber staatliche oder staatsnahe Akteure
116 sind. Umso schmerzlicher sind die Versäumnisse der letzten drei Jahrzehnte bei
117 der Spionage- und Sabotageabwehr, ohne die eine effektive
118 Desinformationsbekämpfung nicht auskommt. Daher möchten wir die
119 Nachrichtendienste bei ihrer Arbeit gegen Desinformation stärken.

120 Kooperation von Zivilgesellschaft, Forschung und Sicherheitsbehörden: Wir wollen
121 die wertvolle Expertise von NGOs und Wissenschaftler*innen nutzen und eine enge
122 Zusammenarbeit zwischen zivilgesellschaftlichen Organisationen, der Wissenschaft
123 und Sicherheitsbehörden fördern. Diese freiwillige Kooperation basiert auf einem
124 strukturierten Wissensaustausch, praxisorientierten Schulungen und einer
125 koordinierten Öffentlichkeitsarbeit. Dabei bleiben die Unabhängigkeit, die
126 verschiedenen Perspektiven sowie die spezifischen Kompetenzen aller beteiligten
127 Akteure gewahrt, um einen ganzheitlichen Ansatz zur Bekämpfung von
128 Desinformation zu entwickeln.

129 Erweiterter Werkzeugkasten: Wir unterstützen die Entwicklung einer umfassenden
130 Toolbox zur Bekämpfung von Desinformation, angelehnt an den Europäischen

131 Auswärtigen Dienstes. Diese soll Instrumente wie öffentliche Missbilligung,
132 Prebunking und Debunking, Sanktionen, strafrechtliche Verfolgung,
133 nachrichtendienstliche Beobachtung sowie technische Maßnahmen wie das Abschalten
134 von Webseiten, Accounts oder Servern umfassen.

135 2. Maßnahmen zur europäischen und internationalen 136 Kooperation

137 EU-Monitoring und europäische Kooperation stärken: Die Monitoring-Einheiten der
138 EU, insbesondere des Europäischen Auswärtigen Dienstes, müssen personell und
139 finanziell ausreichend ausgestattet werden, um Desinformationskampagnen effektiv
140 zu überwachen und zu bekämpfen. Im Zusammenschluss mit den europäischen
141 Institutionen und nationalen Organisationen unserer Partner in der EU und NATO
142 ermöglichen wir den aktiven Austausch von Informationen zu
143 Informationsmanipulation und Desinformationskampagnen, fördern die
144 Zusammenarbeit und den europäischen und internationalen Fähigkeitsaufbau.

145 Europäisches Demokratieschild umfassend ausgestalten: Das von der Europäischen
146 Kommission geplante „European Democracy Shield“ darf sich nicht nur auf
147 Einflusskampagnen aus dem EU-Ausland fokussieren. Auch relevante Akteure
148 innerhalb der EU müssen in den Blick genommen werden – gerade auch, weil eine
149 scharfe Trennung häufig nicht möglich ist. Zudem müssen die Mechanismen der
150 Plattformen, wie Targeting und Amplifizierung, umfassend berücksichtigt werden.

151 Stärkung der internationalen Zusammenarbeit: Die multilaterale Zusammenarbeit
152 wollen wir angesichts geopolitischer Bedrohungen und Einflussnahmen durch
153 autoritäre Staaten auch außerhalb von EU und NATO beim Kampf gegen
154 Desinformation stärken. Deutschland muss seine Rolle in der G7 weiter ausbauen,
155 um globale Normen zu fördern und zu verhindern, dass einzelne Staaten die
156 Schaffung solcher Normen blockieren. Außerdem müssen wir die Gefahren von
157 Desinformationskampagnen im Kontext von Wahlen oder politischen Krisen in
158 Drittstaaten wahrnehmen und die Hilfe zum Aufbau von Resilienz zum Teil von
159 Entwicklungshilfe machen.

160 3. Maßnahmen zur Umsetzung der Plattformregulierung

161 Desinformation als systemisches Risiko definieren: Desinformation muss im Sinne
162 des DSA als systemisches Risiko für den öffentlichen Diskurs und Wahlen
163 anerkannt werden. Deutschland muss die Europäische Kommission auffordern, DSA-
164 Ermittlungen bei allen großen Plattformen einzuleiten, um zu untersuchen, welche
165 Mechanismen der Plattformen zur überproportionalen Verbreitung von
166 Desinformation führen und diese Mechanismen unterbinden.

167 Algorithmische Verstärkung gezielt angehen: Die Verstärkung von Inhalten durch
168 Plattform-Algorithmen spielt eine zentrale Rolle bei der Verbreitung von
169 Desinformation. Wir wissen aus der Forschung, dass sogenannte „grenzwertige“
170 Inhalte, die sich an der Grenze zu Inhalten befinden, die illegal sind oder
171 Community-Standards verletzen, stärker verbreitet werden als andere Inhalte.
172 Desinformation fällt häufig in diese Kategorie. Die Europäische Kommission kann
173 auf Grundlage des DSA solche Algorithmen als Risiko für öffentlichen Diskurs und
174 Wahlen definieren und die Plattformen auffordern, Alternativen einzusetzen.

175 Dabei setzen wir auf Algorithmen, bei denen Bürger*innen selbst entscheiden, was
176 in ihren Timelines erscheint.

177 Einschränkung von Targeting konsequent durchsetzen: Targeting ist eines der
178 zentralen Instrumente, durch das Desinformation gezielt an dafür anfällige
179 Bevölkerungsgruppen ausgespielt werden kann. Dies führt zu einer viralen
180 Verbreitung, noch bevor Faktenchecks oder andere Maßnahmen greifen können. Wir
181 fordern, dass die im DSA bereits vorgesehenen Einschränkungen von Targeting
182 konsequent durchgesetzt werden – gerade mit Blick auf den Schutz von
183 Minderjährigen oder das Schließen von Schlupflöchern. Die Europäische Kommission
184 und die Bundesnetzagentur müssen im jeweiligen Zuständigkeitsbereich für
185 konsequente Durchsetzung sorgen. Maßgeschneiderte Botschaften dürfen nicht dazu
186 führen, dass bestimmte Gruppen unverhältnismäßig beeinflusst werden. Darüber
187 hinaus darf Online-Werbung nicht systematisch finanzielle Anreize bieten,
188 Desinformation im Internet zu veröffentlichen. Werbetreibende müssen Kontrolle
189 darüber haben, wo ihre Inhalte ausgespielt werden.

190 Wissenschaftlichen Zugang zu Plattformdaten gewährleisten: Um die Verbreitung
191 von Desinformation und deren Auswirkungen besser zu verstehen, muss der Zugang
192 zu Plattformdaten für Forschungszwecke gewährleistet werden. Der DSA sieht hier
193 klare Vorgaben vor, und wir fordern eine schnelle und umfassende Umsetzung
194 dieses Zugangs. Ein delegierter Rechtsakt (wird voraussichtlich bis zur nächsten
195 BDK verabschiedet, dann müssten wir den Text anpassen) muss klare
196 Rahmenbedingungen für den Zugang definieren und dafür sorgen, dass Wissenschaft
197 alle Daten bekommt, die für relevante Ergebnisse erforderlich sind.

198 Online-Werbung neu regulieren: Die EU-Kommission muss eine neue
199 Gesetzesinitiative an der Schnittstelle von DSA, Political Ads Regulation,
200 ePrivacy Regulation und Wettbewerbsrecht vorlegen, um die Nutzung
201 personenbezogener Daten in Datenprofilen großer Plattformen und Datenhändler für
202 Online-Werbung und das Auspielen von Inhalten kohärent zu regulieren. Ziel ist
203 es, den Einsatz personenbezogener Daten für gezielte Werbung als Einfallstore
204 für Manipulation und Desinformation weiter einzuschränken. Auch monopolartige
205 Strukturen einzelner Anbieter, wie Google und Meta, müssen verstärkt in den
206 Fokus genommen werden.

207 4. Maßnahmen im Bereich digitale Bildung, Forschung und 208 Zivilgesellschaft

209 Demokratiefördergesetz jetzt: In der Zivilgesellschaft leisten engagierte
210 Menschen in unterschiedlichen Initiativen unschätzbar wertvolle Arbeit für
211 unsere Demokratie, die endlich auch verlässlich finanziert werden muss. Es ist
212 höchste Zeit, dass das Demokratiefördergesetz kommt. Wenn wir
213 verfassungsfeindliche Ideologien erfolgreich an der Wurzel bekämpfen wollen,
214 brauchen wir leistungsfähige zivilgesellschaftliche Organisationen, die diese
215 Arbeit auch in der Fläche leisten können.

216 Förderung der Medienkompetenz: Wir setzen uns für eine umfassende Stärkung der
217 digitalen Bildung ein. Dies beinhaltet die Entwicklung und Implementierung von
218 Lehrplänen an Schulen und Bildungseinrichtungen, die kritisches Denken,
219 Faktenprüfung und den verantwortungsvollen Umgang mit digitalen Medien in den
220 Vordergrund stellen. Darüber hinaus fördern wir Initiativen zur lebenslangen

221 digitalen Bildung, um alle Altersgruppen zu erreichen und für die Gefahren von
222 Desinformation zu sensibilisieren.

223 Unterstützung der Zivilgesellschaft: Wir fördern aktiv die Zusammenarbeit mit
224 zivilgesellschaftlichen Organisationen, die sich im Bereich der Bekämpfung von
225 Desinformation engagieren. Dies umfasst finanzielle Unterstützung für Projekte
226 zur Aufklärung über Desinformation, die Bereitstellung von Ressourcen für Fact-
227 Checking-Initiativen und die Förderung von Netzwerken zum Austausch bewährter
228 Praktiken. Zudem unterstützen wir Bewegungen, die sich für digitale Aufklärung
229 in ihren Gemeinschaften einsetzen.

230 Forschungsförderung: Die Forschung zur Wirkung von Desinformation und deren
231 Bekämpfung muss intensiviert werden. Wir setzen uns für eine verstärkte
232 Förderung entsprechender Forschungsprojekte ein, einschließlich
233 interdisziplinärer Studien, die Erkenntnisse aus Psychologie,
234 Kommunikationswissenschaften, Informatik und Politikwissenschaft zusammenführen.
235 Besonderes Augenmerk legen wir auf die Erforschung der langfristigen
236 gesellschaftlichen Auswirkungen von Desinformation und die Entwicklung von
237 Gegenstrategien.

238 Fortsetzung der Bürger*innenbeteiligung: Die Einbindung der Bürger*innen in den
239 Prozess der Bekämpfung von Desinformation muss fortgesetzt und intensiviert
240 werden. Wir fördern Bürgerdialoge, partizipative Workshops und Online-
241 Plattformen, die es der Bevölkerung ermöglichen, sich aktiv an der Entwicklung
242 von Strategien gegen Desinformation zu beteiligen, zu stärken. Durch diese
243 Einbindung stärken wir nicht nur das demokratische Bewusstsein, sondern nutzen
244 auch das kollektive Wissen und die Erfahrungen der Bürger*innen im Umgang mit
245 Falschinformationen.

246 KI-Kennzeichnung: Angesichts der rasanten Entwicklung im Bereich der künstlichen
247 Intelligenz (KI) setzen wir uns für eine verpflichtende Kennzeichnung von KI-
248 generierten Bildern und Videos ein. Die Kennzeichnungspflicht soll für alle
249 Plattformen und Medienkanäle gelten und durch robuste technische Lösungen, wie
250 digitale Wasserzeichen oder Metadaten, umgesetzt werden. Gleichzeitig fördern
251 wir die Entwicklung von KI-Erkennungstechnologien, um nicht gekennzeichnete
252 generierte Inhalte identifizieren zu können.

253 Journalismus-Förderung: Ein starker öffentlich-rechtlicher Rundfunk ist eine
254 unverzichtbare Säule einer Medienlandschaft, die sich Desinformation
255 entgegenstellt. Wir wollen ihn stärken und reformieren. Seine regional
256 verankerten, hochwertigen journalistischen Angebote sind wesentliche Grundlage
257 für die Meinungsbildung, die offene Debatte und die kulturelle Bereicherung in
258 einer demokratischen Gesellschaft. Unverzichtbarer Bestandteil einer resilienten
259 Gesellschaft, die Desinformation erkennt und widersteht, ist eine vielfältige
260 und qualitativ hochwertige freie Presse. Wir streben deshalb an, durch geeignete
261 Instrumente die Wettbewerbssituation für journalistische Angebote – besonders im
262 Netz – zu verbessern und praktikable Finanzierungsinstrumente zur Stärkung
263 journalistischer Inhalte, Entwicklung zukunftsfähiger Geschäftsmodelle und einer
264 flächendeckenden Versorgung mit journalistischen Angeboten zu entwickeln,
265 besonders in ländlichen Regionen. Als mögliche Ansätze dafür sehen wir die
266 Anerkennung der Gemeinnützigkeit für Non-Profit-Journalismus, eine Förderung der
267 digitalen Transformation der Presselandschaft und eine Förderung von

268 Journalist*innen durch Stiftungsmodelle fördern, ähnlich wie in den nordischen
269 Ländern.

Begründung

Desinformation und hybride Bedrohungen stellen eine ernsthafte Gefahr für unsere Demokratie dar. Es ist höchste Zeit zu handeln, um unsere offene Gesellschaft und unsere demokratischen Werte zu schützen. Die bisher ergriffenen Maßnahmen reichen bei weitem nicht aus, um den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts angemessen zu begegnen. Wir müssen unsere Anstrengungen in allen Bereichen intensivieren: von der Gesetzgebung über die Bildung bis hin zur internationalen Zusammenarbeit. Nur durch ein entschlossenes Vorgehen gegen Desinformation und die Stärkung unserer digitalen Resilienz können wir unsere Demokratie für kommende Generationen bewahren. Es liegt an uns allen, jetzt die notwendigen Schritte einzuleiten und gemeinsam für eine freie, aufgeklärte und widerstandsfähige Gesellschaft einzustehen.

Der Antrag wird unterstützt von der BAG Digitales und Medien, sowie der BAG Demokratie und Recht. Die Schreibgruppe bestand u.a. aus Alexandra Geese (MdEP, KV Bonn), Jörn Pohl (KV Kiel), Konstantin von Notz (MdB, KV Herzogtum-Lauenburg), Louis Jarvers (KV Berlin-Mitte), Madeleine Henfling (MdL, KV Ilm-Kreis), Peter Heilrath (KV München-Stadt, BAG Frieden und Internationales), Thilo Klawonn (KV Steglitz-Zehlendorf, BAG DemRecht), Thomas Schäfer (KV München-Stadt, BAG DigiMe) und Yvonne Plaul (KV Lübeck, BAG DemRecht).